

Neue Menstruationspolitik in Spanien

Kluge, Anna E.; Zagel, Hannah

2023

<https://doi.org/10.25595/4428>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kluge, Anna E.; Zagel, Hannah: *Neue Menstruationspolitik in Spanien*, in: *Femina politica* : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 32 (2023) Nr. 1, 124–127. DOI: <https://doi.org/10.25595/4428>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v32i1.13>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Torrìsi, Claudia, 2022: The Anti-Women Agenda of the Woman Set to Be the Next Italian Prime Minister. In: Open Democracy, 26.9.2022. Internet: <https://www.opendemocracy.net/en/5050/giorgia-meloni-far-right-brothers-of-italy-election-prime-minister-racism-gender/> [2.1.2023].

Note

- 1 According to the 1978 abortion law, doctors, nurses, anesthesiologists, and other medical assistants can declare themselves conscientious objectors and refuse to perform abortions or assist in pregnancy termination procedures.

Neue Menstruationspolitik in Spanien

ANNA E. KLUGE. HANNAH ZAGEL

Im Februar 2023 wurden im spanischen Parlament nach Monaten politischer Diskussion Neuerungen in der reproduktionspolitischen Landschaft verabschiedet. Die Gesetzesreformen, angestoßen insbesondere von der Gleichstellungsministerin Irene Montero von Unidas Podemos und getragen von der aktuell als Minderheitsregierung regierenden Koalition aus der Spanischen Arbeiterpartei und der Unidas Podemos, werden unter dem Label feministischer Innenpolitik diskutiert.

Teil des Pakets ist ein neues Gesundheitsgesetz, das zum einen den bestehenden bezahlten Mutterschutz erweitert und zum anderen einen sogenannten ‚Menstruationsurlaub‘ (engl: menstrual leave) einführt. In Anlehnung an den Mutterschutz-Begriff verwenden wir im Folgenden den Begriff Menstruationsschutz. Die Idee von Menstruationsschutz ist, dass sich Erwerbstätige mit Menstruationsbeschwerden unter Lohnfortzahlung von der Arbeit freistellen lassen können. In Spanien beinhaltet dies, dass die Menstruationsbeschwerden durch ein ärztliches Attest belegt werden müssen, welches auch die Länge des Menstruationsschutzes bestimmt. Ein voriger Entwurf des Gesetzes hielt als maximale Dauer noch drei Tage fest, in der aktuellen Gesetzeslage ist dies nicht mehr spezifiziert. Das Gesetz soll laut der Gleichstellungsministerin dazu beitragen, die Periode (am Arbeitsplatz) zu normalisieren und Menstruierenden den Druck zu nehmen, unter Schmerzen arbeiten zu müssen. Die Einführung des Menstruationsschutz auf nationaler Ebene ist in Europa bisher einmalig (auf Unternehmensebene gibt es ihn vereinzelt, u.a. in Großbritannien (Levitt/Barnack-Tavlaris 2020)) – historisch frühe Umsetzungen gab es in Russland (1922/31), Japan (1947) und Indonesien (1948), weitere außereuropäische Länder folgten in den 2000er Jahren (Baird/Hill/Colussi 2021). Unser Beitrag verortet den Menstruationsschutz als eine Maßnahme, die zwar mit familienpolitischen Leistungen verwandt, ansonsten aber eher dem breiteren reproduktionspolitischen Spektrum zuzuordnen ist.

Menstruationsschutz als familien- und gleichstellungspolitische Maßnahme

Menstruationsschutz wird kontrovers diskutiert. Der befürwortenden Argumentation, die auch von der spanischen Regierung verfolgt wird, stehen Befürchtungen gegenüber, Menstruationsschutz könne Stigmatisierung und Diskriminierung von Personen mit Menstruationsbeschwerden im Arbeitsmarkt verstärken (Levitt/Barnack-Tavlaris 2020). Menstruation würde als biologische Ursache von geringerer Belastbarkeit kategorisiert. Auch könne der Menstruationsschutz in biologischem Essentialismus münden (Baird/Hill/Colussi 2021), da er Zweigeschlechtlichkeit und biologische Unterschiede betont. Die Kritik am Menstruationsschutz speist sich auch aus historischen Erfahrungen, nach denen Regierungen die Maßnahme einführten, um die ‚Gebärfähigkeit‘ von Frauen zu erhalten oder mit der Absicht, die Position von Frauen im Arbeitsmarkt zu schwächen. Aktuelle Kritik an der Maßnahme kommt sowohl aus progressiven als auch aus konservativen Kreisen. Forschende heben indes hervor, dass es nach wie vor wenige empirische Studien und gesicherte Erkenntnisse zu den Folgen des Menstruationsschutzes auf dem Arbeitsmarkt oder für die Gesundheit gibt (ebd.). Die Umsetzung des Menstruationsschutzes bedeutet somit auch, dass Spanien wichtige Erfahrungswerte zu den gesellschaftlichen Auswirkungen solcher Maßnahmen liefern wird. So zum Beispiel zu den Fragen, ob die Nutzung des Menstruationsschutz einzelnen gesellschaftlichen Gruppen mehr (oder weniger) erwerbspezifische Vorteile bringt als anderen und inwiefern sich gesundheitliche Auswirkungen zeigen.

Mit Blick auf seine strukturellen Merkmale weist Menstruationsschutz große Ähnlichkeiten mit familien- und gleichstellungspolitischen (Arbeitsmarkt-)Maßnahmen auf, mit Parallelen zur Freistellung von Eltern zu Erziehungszeiten (Mutterschutz und Elternzeit). Obwohl dieser Vergleich in der öffentlichen sowie in der wissenschaftlichen Diskussion häufig angestellt wird, gibt es große Unterschiede: Mutterschutz und Elternzeit sind Maßnahmen für Mütter bzw. Eltern mit kleinen Kindern, während Menstruationsschutz eine potenziell weit größere Zielgruppe hat, mit auf die Lebenszeit gerechnet längeren Anspruchszeiten. Ein weiterer Unterschied zur Elternzeit ist, dass Eltern für geleistete Betreuungsverantwortung und dadurch entstehende Nachteile im Arbeitsmarkt kompensiert werden sollen, während sich Menstruationsschutz auf die Möglichkeit des Schutzes und der Pflege der eigenen (reproduktiven) Gesundheit bezieht. Im Ziel des Gesundheitsschutzes ähnelt die Maßnahme also der Idee von Mutterschutzgesetzen sowie Arbeitsschutzregelungen wie Krankheitstagen.

Menstruationsschutz als reproduktionspolitische Maßnahme

Zum anderen ist der Menstruationsschutz eng verwandt mit dem Politikfeld der Reproduktionspolitik. Dieses umfasst Maßnahmen, mit denen der Staat Reproduktion, also biologische und soziale Prozesse des Kinderbekommens und Nicht-Kinderbe-

kommens (Almeling 2015), reguliert. Unter Reproduktionspolitik fassen wir Maßnahmen, die regulieren, wer, wann, wie Kinder bekommt und ob überhaupt. Dies bietet eine analytische Perspektive, die über normative Fragen (z.B. bzgl. Geburtensteigerung) hinausgeht. Reproduktionspolitik setzt Bedingungen für reproduktive Prozesse, beeinflusst ihre Abläufe und Folgen und institutionalisiert Normen um Reproduktion. Zu den Arenen der Reproduktionspolitik zählen neben Sexualerziehung, Verhütungsmittelpolitik und der Regulierung von Reproduktionsmedizin auch Maßnahmen zur Regulierung von Schwangerschaften: sowohl Schwangerschaftsvorsorge als auch Schwangerschaftsabbrüche. Menstruation als physiologische Grundlage des (Nicht-)Kinderbekommens und als Indikator für reproduktive Gesundheit hat also viele Überschneidungen mit Reproduktionspolitik.

Die Regulierung von Menstruation umfasst unterschiedliche Instrumente. Menstruationsschutz ist nur eine der Maßnahmen, welche an verschiedenen Menstruationserfahrungen ansetzen können, wie etwa die Blutung, Hygienemanagement, Schmerzerfahrung, oder Fertilitätskontrolle. Diese Prozesse sind sozial stratifiziert; so sind beispielsweise angemessene Hygieneprodukte nicht für alle Menstruierenden gleichermaßen erschwinglich und der Menstruationszyklus ist bei Individuen marginalisierter sozialer Gruppen stärker variabel und damit unvorhersehbarer (Nobels/Cannon/Wilcox 2022). Zudem ist auch das Wissen über Fertilität im Zyklus stark ungleich verteilt (Guzzo et al. 2019). Diesen Aspekten widmen sich Menstruationsmaßnahmen, wie die staatliche Bereitstellung von Hygieneartikeln, die Zulassung und Zertifizierung von Menstruations-Apps, sowie verstärkte Aufklärung in Schulen. Durch eine Nicht-Regulierung in diesen Bereichen wird Menstruation individualisiert und in das Private verlagert und geht damit häufig mit erhöhten (sozialen) Kosten einher, wie Informationsdefizite, zusätzliche Krankheitstage oder ökonomische Kosten für zyklusregulierende Verhütungsmittel und Hygieneprodukte.

Die Gesetzesänderung zeigt deutlich, dass die spanische Familien- und Reproduktionspolitik in Bewegung ist. Spaniens Familienpolitik ist im internationalen Vergleich rudimentär, da traditionell wenige explizite Leistungen für Familien bereitgestellt werden. Familienpolitische Reformen seit den 2000er Jahren haben Spanien an andere südeuropäische Länder aufschließen lassen, wurden aber durch die Folgen der Finanzkrise behindert (León/Pavolini 2014). Die Mutterschutzgesetzgebung in Spanien ist mit sechs obligatorischen Wochen nach Geburt bei voller Lohnfortzahlung (optional vier vor dem Geburtstermin) eher großzügig, während die staatliche Elternzeitregelung lediglich unbezahlte Freistellung gewährt. In Spaniens Reproduktionspolitik zeigen sich sowohl die familialistische Ausrichtung wie in der Familienpolitik, als auch universalistische Elemente und progressive Reformbestrebungen in jüngerer Zeit. Verhütungsmittel sind weitgehend als Teil der Gesundheitsversicherung kostengünstig verfügbar, allerdings gibt es kaum Anpassung für Jugendliche und sozioökonomisch schlechter gestellte Personen (EPF 2022). In der schulischen Sexualerziehung hält sich Spanien mit staatlicher Intervention zurück; es gibt kein nationales Curriculum und das Fach ist nicht verpflichtend. Die Schwangerschafts-

vorsorge zeigt Medikalisierungstendenzen – mehr als ein Drittel der Geburten findet in großen Krankenhäusern statt. Beim Recht auf Schwangerschaftsabbruch hat Spanien 2022 eine – dem deutschen nicht unähnliche – Regelung von verpflichtender Wartezeit abgeschafft, wobei die Verweigerung von Ärzten, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, weiterhin eine Hürde darstellt.

Fazit: Progressive Ausrichtung auf Gleichstellung und Reproduktion

Die Gesetzesänderungen markieren für Spanien, trotz seines häufig mit restriktiveren (Reproduktions-)Einstellungen in Verbindung gebrachten katholischen Erbes und dem späten demokratischen Weg, eine progressive Ausrichtung auf Gleichstellung und Reproduktion. Die Auswirkungen des Menstruationsschutzes bleiben abzuwarten. Mit der Umsetzung des Menstruationsschutz kann Spanien nun richtungsweisend für europäische Menstruationspolitik werden. Entscheidend wird hierbei auch sein, ob das Recht auf Menstruationsschutz a) genutzt wird und b) sich als fördernd oder hinderlich für eine größere Anerkennung und Stellung von Menstruierenden in der Gesellschaft und am Arbeitsplatz herausstellt. Eine erstarkende akademische Debatte um Menstruation spiegelt hier auch das gestiegene gesellschaftliche und politische Interesse an dem Thema wider und lässt auf umfassendere empirische Einblicke hoffen.

Literatur

Almeling, Rene, 2015: Reproduction. In: *Annual Review of Sociology* 41 (1), 423-442.

Baird, Marian/**Hill**, Elizabeth/**Colussi**, Sydney, 2021: Mapping Menstrual Leave Legislation and Policy Historically and Globally: A Labor Entitlement to Reinforce, Remedy, or Revolutionize Gender Equality at Work? In: *Comparative Labor Law and Policy Journal* 42 (1), 187.

Guzzo, Karen Benjamin/**Hayford**, Sarah R./**Wanner Land**, Vanessa/**Wu**, Hsueh-Sheng/**Barber**, Jennifer/**Kusonoki**, Yasamin, 2019: Dimensions of Reproductive Attitudes and Knowledge Related to Unintended Childbearing Among U.S. Adolescents and Young Adults. In: *Demography* 56 (1), 201-228.

European Parliamentary Forum (EPF) for Sexual and Reproductive Rights, 2022: European Contraception Policy Atlas. Internet: <https://www.epfweb.org/node/669> [6.1.2023].

León, Margarita/**Pavolini**, Emmanuele, 2014: 'Social Investment' or Back to 'Familism': The Impact of the Economic Crisis on Family and Care Policies in Italy and Spain. In: *South European Society and Politics* 19 (3), 353-369.

Levitt, Rachel B./**Barnack-Tavlaris**, Jessica L., 2020: Addressing Menstruation in the Workplace: The Menstrual Leave Debate. In: Bobel, Chris/Winkler, Inga T./Fahs, Breanne/Hasson, Katie A./Kissling, Elizabeth A./Roberts, Tomi-Ann (Eds.): *The Palgrave Handbook of Critical Menstruation Studies*. Singapore, 561-575.

Nobles, Jenna/**Cannon**, Lindsay/**Wilcox**, Allen J., 2022: Menstrual Irregularity as a Biological Limit to Early Pregnancy Awareness. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 119 (1). Internet: <https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2113762118> [20.2.2023].